

***Sammlung der Initiativanträge und
Empfehlungen der Antragskommission***

29. Parteitag der CDU Deutschlands in Essen

CDU

**Initiativantrag Nr. C 148 der Delegierten Iris Ripsam
MdB, Ilona Koch, Helga Gund und weiterer 27
Delegierter**

Wohnungseigentumsgesetz reformieren

Ziel der CDU ist es, eine hohe Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland zu ermöglichen. Den demografischen und sozialen Herausforderungen soll entsprochen werden. Dazu wollen wir uns auf einen wohnungspolitischen Dreiklang, aus einer Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung konzentrieren. Zentral für die CDU ist daher, dass Wohnungseigentum auch weiterhin attraktiv bleibt. Dafür wollen wir das Wohnungseigentumsgesetz (WEG) nach sechs Jahrzehnten einer grundlegenden Reform unterziehen.

Altersgerechte Sanierung, energetische Sanierung, Sicherungsmaßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl sind in Wohnungseigentümergeinschaften durch Zustimmungserfordernisse einzelner oder aller Eigentümer oft erschwert. Daher wollen wir eine neue Ausarbeitung der Zustimmungs- und Mehrheitserfordernisse für solche Sanierungsmaßnahmen. Der einzelne Eigentümer soll in seinem Eigentumsrecht gestärkt, aber auch Sanierungsmaßnahmen der Eigentümergemeinschaft, die dem gesamten Objekt zugutekommen, sollen erleichtert werden.

**Initiativantrag Nr. C 149 der Delegierten Julia
Klößner MdL, Patrick Schnieder MdB, Günther
Schartz und weiterer 27 Delegierter**

Nachhaltige Investitionsanreize für Forschung,
Entwicklung und Innovation

- Deutschland braucht eine breit angelegte Strategie, um die Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation deutlich zu erhöhen.
- Die aktuell praktizierte Projektförderung des

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 148 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 149 anzunehmen.

Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Themen-Schwerpunktbildung hat sich vielfach bewährt; sie muss beibehalten und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus bedarf es — wie in praktisch allen europäischen Ländern auch — steuerlicher Anreize. Diese Anreize würden höhere Aufwendungen auch für zusätzliche oder risikoreichere Projekte erlauben und so den Innovationsstandort Deutschland im globalen Wettbewerb stärken und damit fiskalische Mehreinnahmen ermöglichen.

- Es bedarf einer innovationsfreundlichen Reform des deutschen Steuerrechts, um Wettbewerbsnachteile zu beseitigen und neue Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung (F&E) sowie Innovationen zu setzen.

Initiativantrag Nr. 150 der Delegierten Kordula Kovac MdB, Helga Gund, Oliver Wittke MdB und weiterer 27 Delegierter

Die CDU weiblicher machen – Mindestens jeder dritte Listenplatz der Bundestagswahl 2017 für eine Frau!

Es ist erklärtes Ziel der CDU Deutschland, unsere Partei „jünger, bunter, weiblicher“ zu machen. Um zu gewährleisten, dass „tapfere und mutige Frauen“ eine gleichberechtigte Chance auf Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit auf Bundesebene erhalten, beschließt die CDU Deutschland mindestens jeden dritten Platz einer jeden Landesliste der Bundestagswahl 2017 mit einer Frau zu besetzen.

Initiativantrag Nr. 151 der Delegierten Kordula Kovac MdB, Helga Gund, Oliver Wittke MdB und weiterer 27 Delegierter

Jedem Kind eine Hebamme – Flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe im ländlichen Raum sichern!

Die CDU macht sich dafür stark, dass auf dem Land dieselben Chancen, dieselben Bedingungen existieren

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 150 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 151 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

wie in der Stadt. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist ein starker ländlicher Raum genauso wichtig wie starke Städte.

Nur wenn er für junge Familien attraktiv bleibt, hat der ländliche Raum eine Zukunft. Gerade in Anbetracht der nach wie vor niedrigen Geburtenraten in ländlichen Gegenden, ist eine bestmögliche Begleitung und Betreuung von Schwangeren notwendig.

Seit einiger Zeit sehen die Hebammen ihren Berufsstand in Gefahr. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Hebammen und Geburtshelfer hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Vor allem die Schließung von Geburtsstationen in kleineren, ländlichen Krankenhäusern, die geringe Vergütung der Hebammen, die immer weiter steigenden Haftpflichtprämien und der Nachwuchskräftemangel haben maßgeblich zu dieser Situation beigetragen. Aktive Hebammen kritisieren die hohe Arbeitsbelastung und Auslastung.

Zunehmend beschweren sich auch Eltern darüber, dass Hebammen für die Geburtsvor- und -nachsorge nicht mehr zur Verfügung stehen.

Eine genaue Problemanalyse ist jedoch aufgrund von mangelnden Daten nicht möglich. Selbst dem Bundesgesundheitsministerium liegen keine Daten zur flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe im Ländlichen Raum vor.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die Daten zur Hebammenversorgung flächendeckend in Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum zu erheben und der Hebammenversorgung in ländlich geprägten Regionen dieselbe Bedeutung beizumessen wie der Versorgung mit Ärzten.

Initiativantrag Nr. C 152 der Delegierten Helga Gund, Kordula Kovac MdB, Thorsten Frei MdB und weiterer 27 Delegierter

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen:

Dass Paragraph 81 g der Strafprozessordnung zur DNA-Identitätsfeststellung ergänzt bzw. abgeändert wird. Erfasste DNA Spuren müssen nach heutigen wissenschaftlichen Standard detailliert ausgelesen und

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 152 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU setzt sich dafür ein,

zur Überführung von Straftätern verwendet werden dürfen.

Initiativantrag Nr. C 153 der Delegierten Astrid Damerow MdL, Dr. Rolf Koschorrek, Gero Storzjohann MdB und weiterer 27 Delegierter

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands begrüßt die bereits getroffenen Maßnahmen zur Stärkung unserer Maritimen Wirtschaft, die durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht und auf Initiative der Bundeskanzlerin auf der vergangenen Maritimen Konferenz in Bremerhaven vorangebracht wurde.

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, folgende Punkte noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen und damit ein starkes Signal für unsere Maritime Wirtschaft zu setzen:

1. Den Auftrag für eine umfassende Branchenstudie zu erteilen, die die technologische, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Maritimen Wirtschaft verdeutlicht. Darauf aufbauend soll eine langfristige maritime Strategie entwickelt werden.
2. Deutlich zu machen, dass – angesichts der Tatsache, dass 50% der maritimen Wertschöpfung in „küstenfernen“ Bundesländern erzielt wird – die maritime Wirtschaft eine nationale Aufgabe ist! Daher sollte u.a. die übernächste Nationale Maritime Konferenz in einem „küstenfernen“ Bundesland ausgerichtet werden.

**EMPFEHLUNGEN
DER
ANTRAGSKOMMISSION**

die Regelungen der Strafprozessordnung zur DNA-Identitätsfeststellung dahingehend zu ändern, dass auch äußere Körpermerkmale wie etwa Augenfarbe und Haarfarbe bei Kapitalverbrechen nach heutigem wissenschaftlichen Standard ausgelesen und zur Überführung von Straftätern verwendet werden dürfen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 153 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands begrüßt die bereits getroffenen Maßnahmen zur Stärkung unserer Maritimen Wirtschaft, die durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht und auf Initiative der Bundeskanzlerin auf der vergangenen Maritimen Konferenz in Bremerhaven vorangebracht wurde.

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, folgende Punkte noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen und damit ein starkes Signal für unsere Maritime Wirtschaft zu

3. Den Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen aktiv voranzutreiben, um Vor- und Nachläufe von und zu den deutschen Häfen insbesondere über umweltfreundlichere Verkehrsträger wie der Schiene effizient abwickeln zu können.
4. Die finanziellen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, u.a. durch die Ausweitung von Förderprogrammen, die Modifikation von Exportgarantien oder die Einführung eines „Inland-Hermes-Programms“ zur Absicherung von Inlandsrisiken. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme soll die Einführung innovativer Schiffsantriebsarten sein.
5. Die Branche im Ausland stärker durch Messen, maritime Kompetenzzentren an ausgewählten Botschaften, den Einsatz für faire internationale Wettbewerbsbedingungen und hohe Standards und Normen politisch zu unterstützen.
6. Die Meeresforschungsinstitute zum Beispiel durch den Aufbau eines zentralen Meeresforschungszentrums weiter zu stärken.
7. Deutsche wehrtechnische Schlüsseltechnologien und Kernkompetenzen, vor allem des Unterwasser- und Überwasserschiffbaus, aus sicherheitspolitischen und technologischen Gründen zu stärken sowie die Umsetzung europäischer Wettbewerbsbedingungen insbesondere im Rüstungsexport sicherzustellen.
8. Die Digitalisierung der Branche aktiv durch geeignete Förder- und Forschungsvorhaben zu gestalten.
9. Die Strategie der Europäischen Union zur Sicherung der Energieversorgung auf nationaler Ebene umzusetzen und im Zuge dessen eine Strategie für Flüssig-Erdgas (LNG) und die Gasspeicherung zu entwickeln sowie die Vereinheitlichung der Standards zur Bunkerung/Betankung von LNG auf Länderebene zum Abschluss zu bringen. Bei der Förderung von LNG-Antrieben soll der Bund durch die Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen eine Vorreiterrolle einnehmen.
10. Den Plan für eine Nationale Küstenwache umzusetzen.
11. Das Potential des Ausbaus der Windenergie auf

setzen:

1. Die anstehende Beschlussfassung zur maritimen Strategie im Bundeskabinett positiv zu begleiten und zeitnah einzufordern. Die Branchenberichte „Maritime Wirtschaft“ sollen fortgeführt werden.
2. Deutlich zu machen, dass – angesichts der Tatsache, dass 50 % der maritimen Wertschöpfung in „küstenfernen“ Bundesländern erzielt wird – die maritime Wirtschaft eine nationale Aufgabe ist! Daher sollte u.a. die übernächste Nationale Maritime Konferenz im Frühjahr 2019 in einem „küstenfernen“ Bundesland ausgerichtet werden.
3. Den Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen aktiv voranzutreiben, um Vor- und Nachläufe von und zu den deutschen Häfen insbesondere über umweltfreundlichere Verkehrsträger wie der Schiene effizient abwickeln zu können.
4. Zu prüfen, inwieweit die finanziellen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden können, u. a. durch die Ausweitung von Förderprogrammen oder die Modifikation von Exportgarantien. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme soll die Einführung innovativer Technologien, z. B. auch bei Schiffsantriebsarten, sein.

- See für die deutsche Schiffbauindustrie zu nutzen. Das Ziel muss die Sicherung der Beschaffung von Spezialschiffen für die Offshore-Windindustrie in Deutschland sein.
12. Die Häfen dabei zu unterstützen, ihr Leistungsspektrum hinsichtlich der Offshore-Windenergie weiter auszubauen, um die ehrgeizigen Offshore-Windziele erreichen zu können.
 13. Eine zentrale Vergabestelle von Bund, Ländern und Kommunen zu schaffen, um einheitliche und faire, EU-beihilferechtlich sichere Ausschreibungen zu gewährleisten, die deutsche Standortbedingungen berücksichtigen. Grundlage für sichere Ausschreibungen muss eine praktikable Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der Europäischen Union sein. Die Bundesrepublik Deutschland soll einem EU-Hafenpaket nur bei Vorlage einer sinnvollen AGVO zustimmen.
 14. Das Maritime Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit unbefristet fortzusetzen.
 15. Auf europäischer Ebene sich dafür einzusetzen, die EU-Strategie zum „blauen Wachstum“ tatkräftig voranzutreiben. Meere und Ozeane sind Motoren für die europäische Wirtschaft und verfügen über großes Innovations- und Wachstumspotenzial.

5. Die Branche im Ausland stärker durch Messen, maritime Kompetenzzentren an ausgewählten Botschaften, den Einsatz für faire internationale Wettbewerbsbedingungen und hohe Standards und Normen sowie weitere geeignete Initiativen politisch zu unterstützen.
6. Die Meeresforschungsinstitute, zum Beispiel das bereits beschlossene „Deutsche Maritime Zentrum“ (DMZ) weiter zu stärken.
7. Deutsche wehrtechnische Schlüsseltechnologien und Kernkompetenzen, vor allem des Unterwasser- und Überwasserschiffbaus, aus sicherheitspolitischen und technologischen Gründen zu stärken sowie die Umsetzung europäischer Wettbewerbsbedingungen insbesondere im Rüstungsexport sicherzustellen.
8. Die Digitalisierung der Branche aktiv durch geeignete Förder- und Forschungsvorhaben zu gestalten.
9. Die Strategie der Europäischen Union zur Sicherung der Energieversorgung auf nationaler Ebene umzusetzen und im Zuge dessen eine Strategie für Flüssig-Erdgas (LNG) und die Gasspeicherung zu entwickeln sowie die Vereinheitlichung der Standards zur Bunkerung/Betankung von

**EMPFEHLUNGEN
DER
ANTRAGSKOMMISSION**

LNG auf Länderebene zum Abschluss zu bringen. Bei der Förderung von LNG-Antrieben ist zu prüfen, ob der Bund unter Beibehaltung fairer

Ausschreibungsbedingungen durch die Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen eine Vorreiterrolle einnehmen kann.

10. Die Überlegungen zur Schaffung einer Nationalen Küstenwache aufzugreifen und intensiv zu prüfen.

11. Das Potenzial des Ausbaus der Windenergie auf See für die deutsche Schiffbauindustrie zu nutzen - etwa durch Unterstützung der Werften beim Bau von Spezialschiffen für die Offshore-Windindustrie.

12. Die Häfen dabei zu unterstützen, ihr Leistungsspektrum hinsichtlich der Offshore-Windenergie nachfragegerecht weiter zu entwickeln.

13. Zu prüfen, ob eine zentrale Vergabestelle von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet werden kann, die einheitliche, faire und EU-beihilferechtlich sichere Ausschreibungen gewährleisten kann. Dabei sind insbesondere wettbewerbsrechtliche Auswirkungen zu betrachten und im Falle der Einrichtung einer solchen Stelle, Änderungsmöglichkeiten bei der Gruppenfreistellungsverordnu

ng (AGVO) mit der Europäischen Union zu diskutieren.

14. Das Maritime Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit fortzusetzen.

15. Auf europäischer Ebene sich dafür einzusetzen, die EU-Strategie zum „blauen Wachstum“ tatkräftig voranzutreiben. Meere und Ozeane sind Motoren für die europäische Wirtschaft und verfügen über großes Innovationspotenzial.

Initiativantrag Nr. C 154 der Delegierten Thomas Jarzombek MdB, Patrick Schnieder MdB, Oliver Wittke MdB und weiterer 27 Delegierter

Steigendem Güterverkehr auf der Rheinbahntrasse Rechnung tragen – Anwohner durch Gesamtkonzept für Lärmschutz und Bahnübergangsbeseitigung schützen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 154 anzunehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf die Bundesregierung mit dem Ziel einzuwirken, gemeinsam mit den betroffenen Ländern und der Deutschen Bahn, in einem Gesamtkonzept den Bedarf an Lärmschutz- und Übergangsbeseitigungsmaßnahmen darzustellen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur die besondere Bedeutung der Rheinbahntrasse für den Schienengüterverkehr, sondern auch die erwartete massive zusätzliche Inanspruchnahme darzustellen.

Daraus muss in einem zweiten Schritt ein Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und inakzeptablen Wartezeiten vor Bahnübergängen abgeleitet werden. Zur Finanzierung der daraus resultierenden Maßnahmen ist auch der Einsatz von europäischen Mitteln zu prüfen, zumal die Rheinbahntrasse zum Transeuropäischen Netz (TEN) zählt.

Aufgrund der nationalen und sogar europäischen Bedeutung dieser Strecke muss ein Weg gefunden

werden, wie die notwendigen Maßnahmen ohne finanzielle Beteiligung der Anliegerkommunen finanziert werden können.

Initiativantrag Nr. C 155 der Delegierten Barbara Woltmann MdB, Beatrice Gerhardt, Evelin Groß und weiterer 27 Delegierter

Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Biowissenschaften und Reproduktionsmedizin

Die CDU Deutschland fordert die Aufrechterhaltung des Verbots der Eizellspende und der Leihmutterchaft. Sie bergen erhebliche Risiken und Gefahren für das Kind und die Frauen. Die Union spricht sich für ein Beratungsangebot aus, um Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, mithilfe Dritter ihren Kinderwunsch im Ausland zu erfüllen, für die Auswirkungen auf alle Betroffenen und die Rechtslage zu sensibilisieren.

Initiativantrag Nr. C 156 der Delegierten Christine Hinderberger, Denise Fleischmann, Dr. Norbert Mittrücker und weiterer 27 Delegierter

Zeitumstellung

Im Nachgang der Ölkrise wurde in Europa die Sommerzeit eingeführt, um Energie einzusparen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, stattdessen ist zweimal jährlich ein Aufwand entstanden, der finanzielle und administrative Kosten und sogar gesundheitliche Beeinträchtigungen für Mensch und Tier entstehen ließ. Die Europäische Union hat dennoch bislang an der Zeitumstellung festgehalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zeitumstellung in Europa abgeschafft wird und zukünftig wieder eine einheitliche ganzjährige Zeit, die Winterzeit, gilt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 155 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 156 in folgender Fassung anzunehmen:

Zeitumstellung

Im Nachgang der Ölkrise wurde in Europa die Sommerzeit eingeführt, um Energie einzusparen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, stattdessen ist zweimal jährlich ein Aufwand entstanden, der finanzielle und administrative Kosten und sogar gesundheitliche Beeinträchtigungen für Mensch und Tier entstehen

ließ. Die Europäische Union hat dennoch bislang an der Zeitumstellung festgehalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zeitumstellung in Europa abgeschafft wird und zukünftig wieder eine einheitliche ganzjährige Zeit gilt.

Initiativantrag Nr. C 157 der Delegierten Nicole Bonnie, Evelyn Höller, Dr. Christos Katzidis und weiterer 27 Delegierter

Massives Steuerentlastungsprogramm
bei Wahrung der Politik der schwarzen Null

Die starke wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat zu hohen Einnahmen für den deutschen Staat geführt. Die Bürger - im Besonderen Familien, Arbeitnehmer und alle Bezieher mittlerer Einkommen - werden jedoch zu hoch mit Steuern belastet. Die Steuerquote in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Lag sie im Jahr 2004 unter rot-grün noch bei 20,6%, so befindet sie sich heute auf einem Niveau von 22 % und wird bis 2018 auf 22,5 % (Prognose) steigen.

Zeiten, in denen die Gesellschaft von einer guten konjunkturellen und Wachstumsentwicklung profitiert, sollten auch zur Entlastung von Steuerzahlern sowie im Besonderen von Familien und auch von Unternehmen genutzt werden. Größere finanzielle Spielräume aufgrund von Steuersenkungen ermöglichen mehr persönliche Verantwortung, damit Freiheit und ermöglichen, auch Mittel in die wichtige dritte private Säule der Altersvorsorge einzuzahlen. Unternehmen können geringere Abgaben dazu nutzen, Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie in Zukunftsinvestitionen investieren.

Gleichzeitig ist es richtig, dass Bund und Länder sich das Ziel gesetzt haben, auf der Grundlage ausgeglichener Haushalte im Sinne der Nachhaltigkeit Schulden abzubauen. Auch dieses Ziel muss in Zeiten

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 157 an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie zu überweisen.

hoher Steuereinnahmen verfolgt werden.

Forderung

Das Wahlprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Bundestagswahl 2017 soll deshalb ein klares Bekenntnis enthalten, dass

1. weiterhin ein ausgeglichener Bundeshaushalt („schwarze Null“) aufgestellt wird;
2. der Schuldenabbau konsequent vorangetrieben wird;
3. ein massives Steuersenkungskonzept umgesetzt wird - nach einem Vorlauf bereits für 2017 mit einem ersten Schritt gegen die kalte Progression. Dieses Konzept soll entlang der folgenden Leitlinien entwickelt werden:
 - Vermeidung der kalten Progression in der Einkommensteuer sowie Beseitigung des so genannten „Mittelstandsbauches“ zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen durch linearen Verlauf der Progressionszone bis zum derzeitigen Spitzensteuersatz von 42 %.
 - Erhöhung des Grundfreibetrags
 - Erhöhung der Werbungskostenpauschale von derzeit 1000 € jährlich auf 1200 € (Steuermindereinnahmen ca. 1,5 Mrd. € jährlich)
 - Einführung eines Familiensplittings zusätzlich zum Ehegattensplitting (für Kinder eine Quote von kleiner eins) oder Erhöhung der Grundfreibeträge einschließlich derer für Kinder auf die gleiche Höhe.
 - Erhöhung der Kindergelder, damit auch einkommensschwächere Familien flankierend zur Senkung bei der Einkommensteuer Vorteile erhalten.
 - Verschiebung der Bemessungsgrenze des sogenannten „Spitzensteuersatzes“ (42 %) von aktuell 53.666 € auf 60.000 € (Auswirkung 25,8 Mrd. € Steuermindereinnahmen jährlich).
 - Ersatzloses Ende des 1991 eingeführten Solidarzuschlags (Soli) mit Auslaufen des Solidarpaktes II, der laut Beschlusslage 2019 endet – evtl. ersten Teilschritt bereits vorher umsetzen. Der

Soli führte 2014 zu Einnahmen von 15,05 Mrd. € .

Finanzierung und Umsetzung

Die Umsetzung der hier geforderten Steuersenkungs-Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in der Größenordnung von 50 Mrd. € jährlich soll auf der Zeitschiene erfolgen. D.h. Maßnahmen werden in dem Umfang umgesetzt, wie sich dazu haushaltspolitische Spielräume eröffnen oder geschaffen werden, ohne dass der Politik der Schwarzen Null zuwider gehandelt wird. Dazu können die genannten Einzelmaßnahmen auch in Teilschritten umgesetzt werden.

Initiativantrag Nr. C 158 der Delegierten Anke Beilstein MdL, Günter Schartz, Patrick Schnieder MdB und weiterer 27 Delegierter

Europa stärken und bürgernäher machen

Der CDU Landesverband Rheinland-Pfalz macht sich große Sorgen um Europa, das immer weiter auseinander zu driften scheint. Die Abstimmungen zum Brexit und der Zulauf zu populistischen und rechts gerichteten Parteien zeigen, dass die Menschen im Zuge der zunehmenden Globalisierung Ängste haben und der europäische Gedanke eher als Belastung denn als Chance gesehen wird. Dabei brauchen wir Europa mehr denn je. Auch die Probleme bei Verständigungen über TTIP, CETA, die Flüchtlings- und Eurokrise zeigen, dass kaum Bereitschaft besteht, solidarisch zu handeln.

Daher müssen Wege gefunden werden, die EU-Verdrossenheit abzubauen. Erforderlich sind weniger Einmischung ins Detail und der Abbau von Bevormundung. Es muss eine neue Subsidiarität entwickelt werden, die den übergeordneten Leitgedanken und das Kernziel von Europa wieder in den Vordergrund stellen und gleichzeitig dem Bürger vor Ort für die Gestaltung seines Lebensraumes genügend Entscheidungsraum lassen.

Rheinland-Pfalz profitiert von der Grenzregion zu Luxemburg, Belgien und Frankreich. Somit sollte im Interesse des Bürgers und aller politisch

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 158 in folgender Fassung:

Europa stärken und bürgernäher machen

Die europäische Einigung ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Ohne die Europäische Union ist jeder einzelne Mitgliedstaat zu schwach, um sich in der Welt Gehör zu verschaffen. Seit Jahrzehnten sichert die europäische Integration Frieden, Freiheit und Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten. Die Abstimmung zum Brexit und der Zulauf zu populistischen und rechts gerichteten Parteien zeigen jedoch, dass viele Menschen Ängste haben, die wir ernst nehmen. Die Diskussionen über TTIP, CETA, die Flüchtlings- und Eurokrise zeigen, dass die Bereitschaft, solidarisch zu handeln, stärker sein muss.

Verantwortlichen sein, diese Verbindung zu vertiefen und auszubauen.

Forderung:

1. Die CDU fordert sich mehr dafür einzusetzen, dass das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene neu gedacht wird, damit ein gutes und gesundes Verhältnis von übergeordneten zu nationalen und regionalen Entscheidungen und Regelungen gefunden wird.
2. Der Sinn eines gemeinsamen Europa muss durch ein europäisches Vorhaben, beispielsweise durch eine gemeinsame Verteidigung, gestützt werden. Dazu zählt auch die komplette Übertragung der Grenzsicherung auf die Europäische Union.
3. Herausforderungen (Bsp. Flüchtlingskrise) an die Europäische Union müssen einen Anlass geben, gemeinsam tätig zu werden und somit müssen Lösungen Hand in Hand erarbeitet werden.

Um den Gedanken zum Erhalt der Europäischen Union bei Jugendlichen zu stärken, kann mit Hilfe einer Imagekampagne, bei der junge Europäer auf die Perspektiven und Vorzüge einer europäischen Wertegemeinschaft hingewiesen werden, ein Zusammenhalt der Europäischen Union unterstützt werden.

Intensiviert wird dieser Gedanke durch einen verstärkten Jugendaustausch innerhalb der EU, bei dem sich die rheinland-pfälzischen Schulen bereit erklären, öfter als bisher Begegnungen und Austausch von Schülerinnen und Schülern mit verschiedenen Nationalitäten durchzuführen. Die Verständigung innerhalb der europäischen Staaten, insbesondere durch die der Jugend, trägt bedeutend zu einem gemeinsamen Europa bei.

EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSKOMMISSION

Dabei brauchen wir Europa mehr denn je.

Daher müssen Wege gefunden werden, die Vorteile, die die Europäische Union allen Bürgerinnen und Bürgern bietet, wieder stärker in das Bewusstsein zu rücken. Erforderlich ist, dass sich die EU auf die großen Aufgaben konzentriert, die nur gemeinsam gelöst werden können. Die Idee der Subsidiarität muss mit Leben erfüllt werden. Wir wollen den übergeordneten Leitgedanken und das Kernziel von Europa in den Vordergrund stellen und gleichzeitig dem Bürger vor Ort für die Gestaltung seines Lebensumfelds genügend Entscheidungsraum lassen.

Die Grenzregionen profitieren vom Austausch mit unseren Nachbarn. Somit ist es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und aller politisch Verantwortlichen, die nachbarschaftlichen Verbindungen zu vertiefen und auszubauen.

Die CDU Deutschlands fordert:

- Das Subsidiaritätsprinzip auch auf europäischer Ebene stets im Blick zu haben, um ein gutes Verhältnis von übergeordneten zu nationalen und regionalen Entscheidungen und Regelungen sicherzustellen.
- Der Sinn des gemeinsamen Europas muss durch

**EMPFEHLUNGEN
DER
ANTRAGSKOMMISSION**

europäische Vorhaben gestützt und noch besser vermittelt werden, beispielsweise durch eine gemeinsame Verteidigung oder die Stärkung der gemeinsamen Grenzsicherung in der Europäischen Union.

- Gemeinsame Herausforderungen an die Europäische Union müssen Anlass sein, gemeinsam tätig zu werden und Lösungen Hand in Hand zu erarbeiten.
- Um den Gedanken der Europäischen Union bei Jugendlichen zu stärken, kann mit Hilfe einer Imagekampagne, bei der junge Europäer auf die Perspektiven und Vorzüge der europäischen Wertegemeinschaft hingewiesen werden, der Zusammenhalt der Europäischen Union unterstützt werden. Auch ein verstärkter Jugendaustausch innerhalb der EU würde diesem Ziel dienen. Die Verständigung innerhalb der europäischen Staaten, insbesondere durch die der Jugend, trägt bedeutend zu einem gemeinsamen Europa bei.

Initiativantrag Nr. C 159 der Delegierten Adolf Kessel MdL, Patrick Schnieder MdB, Günther Scharz und weiterer 27 Delegierter

Keine doppelte Belastung bei der Auszahlung der privaten Lebens- und Rentenversicherungen

Die Belegung von Lebens- und

Die Antragskommission empfiehlt, der Antrag C 159 anzunehmen.

Rentenversicherungsleistungen mit Steuern und Sozialabgaben ist einer erneuten Prüfung zu unterziehen, soweit die Lebens- und Rentenversicherungsbeiträge aus dem Netto-Einkommen der Versicherten gezahlt wurden, mit dem Ziel, eine Doppelbelastung zu unterbinden.

Initiativantrag Nr. C 160 der Delegierten Michael Littig, Jana Schimke, Christian Baldauf MdL und weiterer 27 Delegierter

Für eine Stärkung der Betriebsrenten

Die CDU Deutschlands begrüßt und unterstützt die im aktuellen Referentenentwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes artikulierten Ziele. Die betriebliche Altersversorgung (bAV) muss als wichtige Säule der Altersversorgung gesichert, ausgebaut und deren Verbreitung deutlich forciert werden.

Ein großes Hemmnis für die Verbreitung der bAV, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben, ist die enorme Komplexität bei der Einrichtung, die Unsicherheit über die individuelle Ausgestaltung sowie mögliche Haftungsrisiken für den Arbeitgeber. Im Betriebsrentenstärkungsgesetz wurden folgerichtig Lösungen entwickelt, welche beispielsweise die Haftungsfrage durch die Einführung einer reinen Beitragszusage begrenzen – in der Öffentlichkeit wird dies derzeit unter dem Arbeitstitel „Zielrente“ diskutiert. Allerdings ist die im Referentenentwurf gewählte Gesamtkonstruktion insbesondere für kleine und mittlere Betriebe nur erschwert realisierbar. Aktuell gelingt dies nur durch die Inbezugnahme zu entsprechenden Tarifvereinbarungen mit allen Konsequenzen. Für OT-Betriebe (Betrieb ohne Tarifbindung), die zudem nicht eindeutig einem Tarifgebiet zugeordnet werden können, wird es noch schwieriger die Zielrente zu realisieren. Die Enthftung für den Arbeitgeber wird zudem durch die im Entwurf angestrebten zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen u.U. teuer eingekauft.

Die CDU fordert daher:

- Unterstützung zur Stärkung und Ausbau der bAV insbesondere für kleine und mittlere Betriebe durch

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 160 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

die grundsätzliche Möglichkeit der Entkopplung von tarifvertraglichen Abhängigkeiten

- Sichern der Umsetzungsmöglichkeit der Zielrente und die damit angestrebten Enthftungsmöglichkeiten für nicht tarifgebundene Unternehmen, beispielsweise durch Übertragung der Rechte und Pflichten auf externe Versorgungsträger
- Dadurch auch Sicherung und Zugang für nicht tarifgebundene Arbeitnehmer zur Zielrente
- Ausrichtung der geplanten erweiterten Arbeitgeberzuschüsse an den tatsächlich gesparten SV-Beiträgen

Initiativantrag Nr. C 161 der Delegierten Manfred Pentz MdL, Michael Boddenberg MdL, Ismail Tipi MdL und weiterer 27 Delegierter

Gespräche mit der Türkei fortführen - Europäische Werte wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sind dabei für uns nicht verhandelbar

Die Türkei unter ihrem Präsidenten Recep Tayyip Erdogan entfernt sich zunehmend von den demokratischen, freiheitlichen und rechtstaatlichen Werten, die Europa ausmachen. So wurden in den letzten Monaten unter anderem Journalisten, Wissenschaftler oder demokratisch gewählte Abgeordnete verhaftet, interniert oder aus dem Staatsdienst entlassen und teilweise durch Anhänger der AKP ersetzt.

Die Beschneidung, Aussetzung und Annullierung der wichtigsten Grundrechte wie Meinungs-, Presse-, Religions- und Versammlungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dürfen von der Europäischen Union, gerade von einem engen, strategischen Partner und unmittelbaren Nachbarn wie der Türkei, weder akzeptiert noch hingenommen werden.

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Gespräche mit der Türkei weiter fortzuführen. Ziel muss es sein, die Türkei als wichtigen,

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 161 in folgender Fassung:

Gespräche mit der Türkei fortführen - Europäische Werte wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sind dabei für uns nicht verhandelbar

Die Türkei unter ihrem Präsidenten Recep Tayyip Erdogan entfernt sich zunehmend von den demokratischen, freiheitlichen und rechtstaatlichen Werten, die Europa ausmachen. So wurden in den letzten Monaten unter anderem Journalisten, Wissenschaftler oder demokratisch gewählte Abgeordnete verhaftet, interniert oder aus dem Staatsdienst entlassen und teilweise durch Anhänger der

strategischen Partner zu behalten. Gleichwohl sind die aktuellen Entwicklungen nicht zu tolerieren. Das muss deutlich in allen weiteren Gesprächen zum Ausdruck gebracht werden und muss stets Richtschnur unseres Handelns sein.

Die CDU Deutschlands hält am Flüchtlingsabkommen fest. Sollte die Türkei dieses Abkommen einseitig aufkündigen, so muss dies Konsequenzen haben. Eine mögliche Konsequenz ist die Aufkündigung der Zollunion.

Nur wer die Werte der Europäischen Union teilt und lebt sowie die Grundrechte wahrt, kann wichtiger und enger strategischer Partner der Europäischen Union bleiben. Und als solchen wollen wir die Türkei behalten. Deshalb darf der Verhandlungsprozess mit der Türkei nicht abgebrochen werden.

**EMPFEHLUNGEN
DER
ANTRAGSKOMMISSION**

AKP ersetzt.

Die Beschneidung, Aussetzung und Annullierung der wichtigsten Grundrechte wie Meinungs-, Presse-, Religions- und Versammlungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dürfen von der Europäischen Union, gerade von einem engen, strategischen Partner und unmittelbaren Nachbarn wie der Türkei, weder akzeptiert noch hingenommen werden.

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Gespräche mit der Türkei weiter fortzuführen. Ziel muss es sein, die Türkei als wichtigen, strategischen Partner zu behalten. Gleichwohl sind die aktuellen Entwicklungen nicht zu tolerieren. Das muss deutlich in allen weiteren Gesprächen zum Ausdruck gebracht werden und muss stets Richtschnur unseres Handelns sein.

Die CDU Deutschlands hält am Flüchtlingsabkommen fest. Das erwarten wir auch von der Türkei. Vertragstreue nutzt sowohl Europa als auch der Türkei, nicht zuletzt mit Blick auf die starken wirtschaftlichen Verflechtungen.

Nur wer die Werte der Europäischen Union teilt und

lebt sowie die Grundrechte wahrt, kann wichtiger und enger strategischer Partner der Europäischen Union bleiben. Und als solchen wollen wir die Türkei behalten. Deshalb darf der Verhandlungsprozess mit der Türkei nicht abgebrochen werden.

Initiativantrag Nr. C 162 der Delegierten Tim Hauser, Apostolos Kelemidis, Thaddaus Kunzmann und weiterer 27 Delegierter

WLAN-Wüste Deutschland: endlich Rechtsicherheit für WLAN-Betreiber

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert endgültig Rechtssicherheit für Anbieter von freien WLAN-Hotspots zu schaffen. So soll Deutschland endlich beim Ausbau freier WLAN-Angebote in Hotels, Restaurants, Cafés, Flughäfen und öffentlichen Einrichtungen massiv vorankommen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 162 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.